

## "Ausnahmezustand in Ostberlin" in Süddeutsche Zeitung (18. Juni 1953)

**Legende:** Am 18. Juni 1953 berichtet die bayrische Zeitung Süddeutsche Zeitung über die Niederschlagung des Arbeiteraufstands in Ostberlin am Tag zuvor durch das sowjetische Militär.

**Quelle:** Süddeutsche Zeitung. Münchner neueste Nachrichten aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Hrsg. Friedmann, Werner ; Goldschagg, Edmund ; Schöningh, Dr. Franz Josef; Schwingenstein, August ; RHerAusgeber Friedmann, Werner. 18.06.1953, Nr. 137; 9. Jg. München: Süddeutscher Verlag. "Ausnahmezustand in Ostberlin", p. 1; 2.

**Urheberrecht:** (c) Süddeutsche Zeitung

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/ausnahmezustand\\_in\\_ostberlin\\_in\\_suddeutsche\\_zeitung\\_18\\_juni\\_1953-de-8dcec853-1c85-4de5-a416-b4403450051c.html](http://www.cvce.eu/obj/ausnahmezustand_in_ostberlin_in_suddeutsche_zeitung_18_juni_1953-de-8dcec853-1c85-4de5-a416-b4403450051c.html)

**Publication date:** 02/07/2015

## Ausnahmezustand in Ostberlin

**Am zweiten Tag des Volksaufstandes kommt es zu schweren Zusammenstößen mit sowjetischem Militär und Volkspolizei / Feuer aus Panzern und Maschinenpistolen auf die demonstrierende Menge / Sowjetischer Kommandant verhängt den Ausnahmezustand / Standrechtliche Erschießung angeblicher Rädelsführer**

Von unserer Berliner Redaktion

Berlin, 17. Juni – Ostberlin steht seit Mittwochmittag 13 Uhr unter Kriegsrecht. Der sowjetische Militärkommandant hat den Ausnahmezustand verhängt. Von 21 Uhr abends bis 5 Uhr morgens ist Ausgangssperre. Die Volkspolizei untersteht dem Befehl der Sowjetarmee. Sowjetische Panzer räumen die Straßen, in denen hunderttausend oder mehr ostberliner Arbeiter demonstrierten. Alle Verkehrsmittel liegen still, ihre Belegschaft hat sich dem Generalstreik der Arbeiter angeschlossen. Auch das Personal der Ostberliner Wasserwerke ist in den Ausstand getreten. Von 12 Uhr mittags an machten die Rotarmisten von ihren Waffen Gebrauch. Sie schossen mit Maschinenpistolen und Karabinern teils in die Menge, teils über ihre Köpfe hinweg in die Luft. Eine noch nicht bekannte Zahl von Arbeitern ist den Verletzungen erlegen. Einige hundert Schwerverletzte haben in West- und Ostberliner Krankenhäusern Aufnahme gefunden. Die ersten „Aufrührer“ sind nach sowjetischem Kriegsrecht im Hof des Ostberliner Regierungsgebäudes in der Leipziger Straße erschossen worden. Der Streik und die Straßendemonstrationen der ostberliner Arbeiter haben sich über die Stadtgrenze hinweg ausgedehnt und große volkseigene Betriebe in der Sowjetzone ergriffen. In den Leuna-Werken verließen etwa achttausend Mann ihre Arbeitsplätze und verriegelten von außen die Fabrikttore. Auch die Zwangsarbeiter der Uranbergwerke haben die Schächte verlassen und demonstrieren. In Leipzig ist die Belegschaft mehrerer großer volkseigener Betriebe auf die Straße gegangen. Noch ist nicht bekannt, ob auch in der Zone sowjetisches Militär eingegriffen hat. Der Rundfunk der DDR verkündet zunächst nur den Ausnahmezustand für den Sowjetsektor Berlins.

Die dramatischen Ereignisse in Ostberlin nehmen ihren Ausgang am frühen morgen in der Stalin-Allee, wo die Bauarbeiter, wie schon am Vortag, in Streik traten und in geschlossenem Zug Richtung Alexanderplatz marschierten. Unterwegs stießen immer neue Arbeitergruppen zu ihnen. In allen großen volkseigenen Betrieben befolgten die Arbeiter die Streikparole und gingen auf die Straße.

Gegen elf Uhr verstopften Hunderttausende die Straßen der Innenstadt und drängten auf das Regierungsgebäude zu, das frühere Reichsluftfahrtsministerium, Ecke Leipziger-Wilhelmstraße. Dort hatte schon am morgen die Volkspolizei unter rücksichtsloser Anwendung des Holzknüppels die Massen vom Ministerhaus abgedrängt. Als immer neue Demonstrationzüge herankamen, verharrten die Vopos jedoch unbeweglich und ließen die Arbeiter vorbeimarschieren auf den Potsdamer Platz zu, wo der amerikanische, britische und sowjetische Sektor zusammenstoßen. Zwei Stunden lang beherrschten die Demonstranten alle Straßen der Innenstadt. Immer wieder brausten ihre Sprechchöre auf, die freie Wahlen, Rücktritt der Grotewohl-Regierung und deutsche Einheit in Freiheit verlangten.

In den Mittagsstunden fuhren die ersten sowjetischen Panzer, Panzerspähwagen und Gefechtswagen in der Leipziger Straße, am Potsdamer Platz und Unter den Linden auf. Pfui-Rufe und Steinhagel empfangen sie aus der Menge. Gegen zwölf Uhr fielen die ersten Schüsse vor dem Regierungsgebäude, kurz darauf auf dem Potsdamer Platz. Zunächst jagten die Rotarmisten ihre Salven als Warnschüsse über die Köpfe der Menge hinweg, dann schossen sie verschiedentlich in die Demonstranten, die immer wieder vorwärts drängten. Verwundete blieben liegen und wurden von den Flüchtenden zertreten.

Um 13 Uhr verkündeten die Großlautsprecher und Lautsprecherwagen die Verhängung des Ausnahmezustandes. Der auch von Radio Berlin in kurzen Abständen wiederholte sowjetische Befehl hat folgenden Wortlaut:

„Für die Herbeiführung einer festen öffentlichen Ordnung im sowjetischen Sektor von Berlin wird befohlen:

1. Ab 13.00 Uhr des 17. Juni wird im sowjetischen Sektor von Berlin der Ausnahmezustand verhängt;

2. alle Demonstrationen, Versammlungen, Kundgebungen und sonstige Menschenansammlungen über drei Personen werden auf Straßen und Plätzen wie auch in öffentlichen Gebäuden verboten;
3. jeglicher Verkehr von Fußgängern und der Verkehr von Kraftfahrzeugen und Fahrzeugen wird von 21.00 Uhr abends bis 5.00 Uhr morgens verboten;
4. diejenigen, die gegen diesen Befehl verstoßen, werden nach den Kriegsgesetzen bestraft.“

Von diesem Augenblick an ging das sowjetische Militär überall gegen die demonstrierenden Arbeiter vor. Panzer drängten die Menschen zurück, die entsetzt in Ruinen und Nebenstraßen Schutz suchten. Wer irgend konnte, rannte über die Sektorengrenzen nach Westberlin, wo sich riesige Menschenmengen ansammelten. Die Salven der Rotarmisten verfolgten die Flüchtenden. Ein sowjetischer Panzer am Potsdamer Platz hatte sich für kurze Minuten in den ehemaligen Wachhäuschen auf dem Bürgersteig festgefahren. Sofort stürzten sich die Menschen auf den T 34, ergriffen einen eisernen T-Träger aus der nächsten Ruine, rammten den Panzer und versuchten, seine Kette zu sprengen. Zwei andere Russenpanzer kamen ihm zu Hilfe und hielten die aufgebrachte Menge in Schach, bis ihr Kamerad im Rückwärtsgang wieder frei war. Aus den Fenstern der Polizeiwache im Columbus-Hochhaus am Potsdamer Platz hing am Nachmittag eine weiße Fahne. Die Volkspolizisten hatten in den Morgenstunden ihre Waffen den demonstrierenden Arbeitern auf deren Verlangen zugeworfen und dann den Gang in Westberliner Schutzhaft angetreten. Die Waffen brachten die Arbeiter triumphierend der Westberliner Polizei. Vom Brandenburger Tor holten junge Arbeiter die rote Fahne und zerrissen sie.

Später stimmten die Menschenmassen, die den ganzen Potsdamer Platz füllten, angesichts der in immer größeren Einheiten nachrückenden Sowjets demonstrativ das Deutschland-Lied an.

Die westberliner Polizei ist ebenfalls in höchster Alarmstufe. Die Zugangsstraßen zum Potsdamer Platz wurden nach und nach geräumt, alle Passanten auf die Gefahr der sowjetischen Schüsse aufmerksam gemacht. Zu Zusammenstößen ist es aber nirgends gekommen. Kein Vopo und kein sowjetischer Soldat verletzte die Demarkationslinie.

Am späten Nachmittag begann sich die Innenstadt zu leeren. Das ganze Regierungsviertel ist mittlerweile von Militär- und Volkspolizei umstellt und hermetisch abgeriegelt.

Da alle Verkehrsmittel bestreikt werden, können die Demonstranten nur in stundenlangen Fußwegen ihre Wohnungen wieder erreichen. Viele mußten in Westberlin bleiben, da mehrere Sektorenübergänge vom Osten her abgeriegelt sind. Am Brandenburger Tor und am Potsdamer Platz kam in den späten Nachmittagsstunden niemand mehr durch. Aber noch immer liegen in den Ruinen der Straßen der früheren Berliner City viele tausend Menschen, die sich nicht heraus und in die Schußlinie der Sowjets wagen.

### **Grotewohl kündigt strenge Strafen an**

In einer am Mittwoch veröffentlichten Erklärung der Regierung Grotewohl heißt es: „Die Schuldigen an den Unruhen werden zur Verantwortung gezogen und streng bestraft.“ Die „Arbeiter und alle ehrlichen Bürger“ werden aufgefordert, die „Provokateure“ zu ergreifen und den Staatsorganen zu übergeben. Der Anlaß für die Arbeitsniederlegung der Bauarbeiter in Berlin sei durch den Beschluß in der Normenfrage fortgefallen. Die Unruhen, zu denen es gekommen sei, seien das Werk von „Provokateuren und faschistischen Agenten ausländischer Mächte und ihrer Helfershelfer aus deutschen kapitalistischen Monopolen.“

### **Sowjetzonen-Rundfunk spricht von westlichen Provokateuren**

München (SZ)

Die Sender der Sowjetzone berichteten erst am Mittwoch über die Demonstrationen und Zusammenstöße, die bereits am Dienstagvormittag begonnen hatten. „Kriminelle Elemente“ seien von Westberlin in den Ostsektor geschickt worden, um die Arbeiter aufzuhetzen. „Rückständige Arbeiter“ seien in breitem Umfang

von den westlichen Provokateuren unter Alkohol gesetzt worden. Die ostberliner Arbeiter aber hätten ihre Arbeit wieder aufgenommen und erfüllten „ihre Pflicht mit Ruhe und Disziplin“. Die sowjetamtliche **T ä g l i c h e R u n d s c h a u** war am Dienstag, also kurz vor Beginn der Demonstrationen, mit der Schlagzeile erschienen: Volk und Regierung enger miteinander verbunden.

### **Oberkommissare besprechen die Lage**

Bonn (SZ)

Am Mittwochnachmittag um 18 Uhr traten die stellvertretenden Oberkommissare der Vereinigten Staaten, Englands und Frankreichs in Bad Godesberg zur Besprechung der Lage in Berlin zusammen. Um 19 Uhr flog ein Hicog-Sonderflugzeug die SPD-Abgeordneten Ollenhauer, Carlo Schmid, Wehner und einige Funktionäre der Partei sowie die CDU-Abgeordneten Brentano, Bucerius und Krone, ferner die FDP-Abgeordneten Reif und Euler nach Berlin.

[...]